



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 25. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 14.02.2012,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:02

Ende: 21:01



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn ab 17.40 Uhr TOP 5 ö.S.

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann bis 19.00 Uhr TOP 8 ö.S.

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio



Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

ab 19.07 Uhr TOP 8 ö.S.

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm ab 17.50 Uhr TOPO 6 ö.S.

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Juliane Letz (Projektgruppe Landesgartenschau)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Petra Bechtold (Ortsvorsteherin Dammheim)

Rudolf Boesche (Ortsvorsteher Wollmesheim)

Michael Niedermeier (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Aydin Tas (Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz (Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Hans Peter Thiel



CDU

Heidi Berger

Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Ellinghaus

Magdalena Schwarzmüller



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende gab zunächst einige personelle Veränderungen in den Fraktionen bekannt. In der SPD-Stadtratsfraktion hat Herr Dr. Maximilian Ingenthron den Vorsitz übernommen als Nachfolger von Herrn Dr. Hannes Kopf. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist das Ratsmitglied Hans-Peter Thiel.

Bei der CDU-Stadtratsfraktion ist Ratsmitglied Peter Lerch neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender als Nachfolger von Herrn Theo Kautzmann.

Neuer Vorsitzender der UBFL-Stadtratsfraktion ist Ratsmitglied Bertram Marquardt, an seiner Stelle ist Frau Dr. Gertraud Migl neue stellvertretende Vorsitzende.

Ratsmitglied Dr. Bals fragte, ob man den Tagesordnungspunkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung im öffentlichen Teil behandeln könne.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man sich im Hauptausschuss einig gewesen sei, diesen Punkt ganz bewusst in den nichtöffentlichen Teil zu nehmen. Er schlage vor, diesen Punkt nichtöffentlich zu beraten. Sollte es dann noch Klärungsbedarf geben, könne man den Punkt dann noch mal im März auf die Tagesordnung nehmen und noch mal Herrn Dr. Beß einladen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Lore Herberger  
Vorlage: 100/056/2011
3. Neubesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 101/135/2011
4. Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines Mitgliedes in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße  
Vorlage: 101/136/2012
5. Resolution zum Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Schülerbeförderung und zur weiteren Umsetzung der Lehrerbildungsreform  
Vorlage: 100/059/2012
6. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft des Landauer Zoos  
Vorlage: 101/138/2012
7. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Anhebung der Preise für die Kulturveranstaltungen in der Jugendstil-Festhalle  
Vorlage: 101/139/2012
8. Haushaltssatzung 2012 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2015, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung sowie Beteiligungsberichte



Vorlage: 200/069/2012

- 8.1. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2012  
Vorlage: 820/071/2012
9. Hundesteuersatzung  
Vorlage: 300/050/2012
10. Änderung der Betriebssatzung für das Gebäudemanagement Landau-Eigenbetrieb  
Vorlage: 300/051/2012
11. Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: 300/052/2012
12. 15. Teiländerung des Flächennutzungsplans 2010 der Stadt Landau " ND 7-  
Photovoltaikanlage", Endgültiger Beschluss, (Gebiet in den Gemarkungen Nußdorf und  
Dammheim, nördlich der B 10, östlich der L 516 und westlich der Speyerer Straße K 13)  
Vorlage: 610/145/2011
13. Aufstellung der 16. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der  
Pfalz "Gewerbegebiet Froschau" im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D10  
"Gewerbegebiet Froschau"  
Vorlage: 610/148/2012
14. Bebauungsplan D 10 "Gewerbegebiet Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz,  
Aufstellungsbeschluss, (Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse,  
südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65)  
Vorlage: 610/149/2012
15. Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes D10  
"Gewerbegebiet Froschau" (Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse,  
südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65)  
Vorlage: 610/150/2012
16. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "C29 A - Studentenwohnen" in der Stadt Landau in der  
Pfalz, Satzungsfassung, (Grundstück mit der Flst.-Nr. 3281/11 in der Gemarkung Landau)  
Vorlage: 610/151/2012
17. Neubau Bahnhofpunkt " Landau-Süd"  
Vorlage: 860/124/2011
18. Aufstellung des Bebauungsplanes C32 "Rad- und Fußgängerbrücke" zwischen Gewerbepark  
"Am Messengelände" und "Wohnpark Am Ebenberg"  
Vorlage: 860/128/2011
19. 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz  
(Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C25 "Konversion Landau-  
Süd/Landesgartenschau"), abschließende Beschlussfassung  
Vorlage: 860/132/2012
20. Bebauungsplan C 25 "Konversion Landau Süd / Landesgartenschau";  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: 860/131/2012
21. Verschiedenes





Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Herr Heinz Schmitt sprach die aktuelle Diskussion zum Bürgergraben an. Die dort lebenden Menschen würden sehr gerne in ihrem Wohnquartier bleiben. Der Brief, der quasi eine Kündigung darstelle, sei ein Schock für die Menschen gewesen. Die Häuser seien in einem relativ guten Zustand. Seine Frage sei, ob es keine andere Lösung als den Abriss der Häuser gebe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass sich der Ältestenrat mehrheitlich einig gewesen sei, dieses Gebiet jetzt aufzulösen und einer anderen Nutzung zuzuführen. Es gebe hier 5000 qm Baugrundstücke. Letztlich gehe es um 5 Mietparteien, denen Ersatzwohnraum angeboten worden sei. Mit dem Beschluss aus dem Jahr 1997, keine Zuzüge mehr zuzulassen, sei klar gewesen, dass das Gebiet irgendwann aufgelöst werde. Er stelle klar, dass er die Begriffe „ungenießbares Filetstück“ und „Flattern einer Kündigung“ nicht gebraucht habe. Er gehe sorgsam mit der Deutschen Sprache um und benutze nicht einen solchen Boulevardstil. Bis zum Ende des Monats könnten die Mieter erklären, ob sie diesen Weg mitgehen werden. Richtig sei, dass man nicht für 0,80 Euro/qm Ersatzwohnraum anbieten könne. Der angebotene Wohnraum liege bei 4,85 Euro bis 5,27 Euro/qm. Dies seien zumutbare Mietpreise. Die Behauptung, dass bereits Zusagen bestünden, sei reine Polemik. Es werde ein Pool gebildet, in dem alle Interessenten aufgenommen werden. Dann werde es ein öffentlich überprüfbares Losverfahren geben.

Man habe Gespräche mit den betroffenen Menschen geführt, andere Behauptungen seien falsch. Vier der 5 Parteien seien bereit, diesen Weg mitzugehen. Dieser Weg stehe offen bis zum 29. Februar. Wer nicht mitgehe, entscheide sich für die Kündigung.

Herr Bosold, Bewohner des Bürgergrabens, stellte die Frage, mit wem der Oberbürgermeister gesprochen habe. Mit den Bewohnern sei nämlich nicht gesprochen worden, es sei lediglich der Brief übergeben worden. Man sei wie eine große Familie dort und diese Familie werde nun auseinandergerissen. Er wolle dem Oberbürgermeister eine Unterschriftenliste mit einer Resolution der Bewohner übergeben und bitte, dass hierauf geantwortet werde.

Der Vorsitzende sicherte zu, dass er auf dieses Schreiben antworten werde. Es sei nicht richtig zu behaupten, dass nicht mit den Menschen gesprochen worden sei, denn es habe ja schon Wohnungsbesichtigungen gegeben.

Herr Götz gab weitere Erläuterungen.

Herr Bosold übergab dem Vorsitzenden die Resolution der Bewohner des Bürgergrabens.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Lore Herberger**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 12. Dezember 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht Frau Lore Herberger, Lazarettstraße 23, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Verdienste im gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 3. Februar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Stadtrat wählt Herrn Klaus Eisold, Godramsteiner Straße 57, 76829 Landau in der Pfalz und Herrn Bertram Marquardt, Birnbaumstraße 19, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglieder in den Hauptausschuss und Frau Dr. Gertraud Migl, Ostring 16, 7629 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss.
2. Der Stadtrat wählt Herrn Dr. Hannes Kopf, Haufenstraße 16, 76829 Landau in der Pfalz, Herrn Hermann Demmerle, Am Jagdstock 40, 76829 Landau in der Pfalz und Frau Dr. Gertraud Migl, Ostring 16, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglieder in den Bauausschuss und Herrn Bertram Marquardt, Birnbaumstraße 19, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Bauausschuss.
3. Der Stadtrat wählt Frau Dott. Francesca Chillemi Jungmann, Ulrich-von-Hutten-Straße 3, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Kulturausschuss.
4. Der Stadtrat wählt Herrn Franco Casella, Kleiner Platz 13, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Werksausschuss GML.
5. Der Stadtrat wählt Herrn Franco Casella, Kleiner Platz 13, 76829 Landau in der Pfalz und Frau Sarah Andruchowicz, Thomas-Nast-Straße 39, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines Mitgliedes in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 10. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt Herrn Kurt Ludwig, Vogesenstraße 48, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Resolution zum Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Schülerbeförderung und zur weiteren Umsetzung der Lehrerbildungsreform

Der Vorsitzende verwies auf den vorliegenden Resolutionsentwurf, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er nehme mit dieser Resolution auf, was er aus der Mitte des Rates vernommen habe. Man wolle damit deutlich machen, dass man nicht gewillt sei, dies einfach hinzunehmen. Durch dieses neue Gesetz sei man als Schulstandort für die Südpfalz in besonderer Weise belastet. Zweifellos wäre auch eine andere Lösung denkbar gewesen. Es sei natürlich klar, dass die Landesregierung dieses gerade beschlossene Gesetz nicht wieder zurücknehmen werde. Die zusätzliche jährliche Belastung von 482.000 Euro nehme die gerade beschlossene Entlastung durch den Kommunalen Entschuldungsfonds wieder zu einem Drittel weg. Er habe daher den Ministerpräsidenten angeschrieben und um eine Härtefallregelung gebeten. Diese Resolution solle dies noch einmal unterstreichen. Sicherlich hätte man diese Resolution auch etwas schärfer formulieren können. Wirkungen entfalten Resolutionen aber nur, wenn sie von einer breiten Mehrheit getragen würden. Daher habe man sich auf den vorliegenden Entwurf verständigt, um keine parteipolitische Diskussion zu bekommen. Die Argumentation, auf das MAXX-Ticket hinzuweisen, sei schon befremdlich gewesen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hielt das Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Schülerbeförderung für im Kern unterstützenswert. In der Vereinbarung, die das Land und die Kommunalen Spitzenverbände, ausgehandelt hätten, stehe sehr viel Kleingedrucktes. Dies führe zu einer ganzen Reihe von Nachteilen für Landau, insbesondere finanzieller Art. Das Konnexitätsprinzip sei verletzt, da nur Durchschnittswerte aller Kommunen erstattet würden. Konnexität bedeute aber vollständige Kostenerstattung. Ein Vorwurf sei allerdings den kommunalen Spitzenverbänden zu machen. Man müsse sich fragen, was hier verhandelt worden sei. Hier hätten sich die kommunalen Spitzenverbände nicht als Sachwalter kommunaler Interessen erwiesen. Auf eine solche Form der Interessensvertretung könne man verzichten. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes biete Anlass zur Hoffnung. Das Land müsse bei der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs unseren Bedürfnissen gerecht werden und auf die Kommunen zugehen. Die Zuordnung der Belastung müsse dem Gebot der Vernunft und der Gerechtigkeit folgen. Daher müsse das Land die Neuordnung des Finanzausgleichs zum Anlass nehmen, die Kommunen finanziell zu stärken.

Man müsse auch erwähnen, dass Landau dem Land für vielfältige finanzielle Unterstützung zu Dank verpflichtet sei. Im konkreten Fall werde aber durch die nicht ausreichende Erstattung die Anstrengung für den Kommunalen Entschuldungsfonds konterkariert. Statt heilsamer Medizin würden hier bittere Pillen verabreicht. Mit der Resolution unterbreite man ja auch einen konkreten Vorschlag an das Land. Ein Härtefallausgleich wäre auch kein einmaliger Vorgang im Land. Er appelliere an das Land, einer durchaus sinnvollen Neuregelung auch eine angemessene finanzielle Ausstattung folgen zu lassen.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Resolution zustimmen werde. Die Resolution schade nicht, ob sie aber nütze sei zweifelhaft. Bereits im Oktober und November hätten die Landrätin des Kreises Südliche Weinstraße und der Landrat des Kreises Germersheim auf dieses Problem öffentlich hingewiesen. Die CDU-Fraktion habe den Oberbürgermeister mit einem Schreiben im Oktober ebenfalls darauf aufmerksam gemacht. Jetzt verschärfe man eine Bitte an den Ministerpräsidenten in einen Appell. Er frage sich schon, warum so spät reagiert worden sei. Die Resolution werde wohl nichts bringen, aber sie schade sicherlich auch nicht.

Man habe sich beim Kommunalen Entschuldungsfonds zusammengerauft und 500.000 Euro Kürzungen durchgesetzt. Jetzt sei mit einem Federstrich alles wieder weg, das tue weh. Es sei hier schon die Frage ob man das hinnehmen müsse. Die CDU-Fraktion bitte um Klärung, ob es eine rechtliche Möglichkeit gebe, im Rahmen des Konnexitätsprinzips diese Mehrkosten einzuklagen. Sollte dies nicht möglich sein, müsse man prüfen ob unsere Vergütung identisch ist mit anderen im Land. Man bitte dann um Prüfung, wie durch eine Neugestaltung der Schülertransportkosten das



negative Saldo verringert werden könne. Die Verwaltung solle hierzu eine Aufstellung vorlegen, wie sich die Einnahmen und Ausgaben in den vergangenen 3 Jahren und die Defizite entwickelt haben und um eine Prognose für das Jahr 2012.

Ratsmitglied Schröer unterstützte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ebenfalls die Resolution. Im Prinzip werde der Betrag von 714.000 Euro aus der Zuweisung des Bundes für die Grundsicherung abgeschmolzen. Die Resolution sei in jedem Fall gerechtfertigt. Man leiste mit der vorhandenen Schulstruktur auch viel für das Umland.

Ratsmitglied Freiermuth bezeichnete das Gesetz als sehr ärgerlich. Dieses Gesetz habe niemand gebraucht. Sicherlich werde der Ministerpräsident sich nicht sofort bewegen, aber dennoch mache die Resolution Sinn und sei unterstützenswert. Man werde aber eine Zeitlang auf diesen Kosten sitzen bleiben. Daher stelle sich die Frage, was man unternehmen könne, um von den hohen Kosten runter zu kommen. Er sehe überhaupt nicht ein, warum das MAXX-Ticket rund um die Uhr gelten müsse. Man könnte das Ticket, das für ein riesiges Gebiet gelte, zeitlich befristen. Letztendlich müsse die Stadt mit dem Ticket auch die Freizeitaktivitäten bezahlen. Daher sollte man versuchen, an diesen Stellschrauben zu drehen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass dieses Gesetz ein Schlag ins Gesicht jedes Kommunalpolitikers sei. Dass es eine Resolution gebe, finde er in Ordnung. Man sollte den Oberbürgermeister hierin unterstützen. Man müsse aber etwas tun, damit diese Resolution nicht einfach im Papierkorb verschwinde. Eine Möglichkeit wäre zu prüfen, ob man die Beförderung auch billiger haben könne, in dem man die Schülerbeförderung abkopple vom MAXX-Ticket. Die FDP-Stadtratsfraktion werde der Resolution zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien auf eine Schülerbeförderung angewiesen seien. Es könne nicht sein, dass die einen Kinder mit dem Geländewagen zur Schule gebracht werden, während die anderen auf diese Kostenübernahme angewiesen seien. Man müsse doch eigentlich bemüht sein, jungen Menschen den Weg zur Ausbildung zu ermöglichen. Vergessen sollte man auch nicht, dass viele Schüler aus dem Umland auch Geld in Landau lassen würden. Es sei aber absolut notwendig, dass das Land, wenn es Gesetze erlasse die die Kommunen betreffen, es auch bezahle. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass man dies auch mit Hilfe von Einkommensgrenzen hätte regeln können. Aber man habe diese politische Entscheidung zu respektieren. Die Erfahrung mit Resolutionen zeige, dass knappe Mehrheiten nichts bringen und nichts bewirken. Das Gesetz werde nicht verändert werden, daher gehe es um den Härtefallausgleich. Er habe kein Problem damit, zu prüfen ob eine Klage – auch gemeinsam mit den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim – gegen das Land möglich sei, wenn dieses den Härtefallausgleich ablehne. Die Verwaltung werde dies prüfen und im nächsten Hauptausschuss berichten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Resolution zum Landesgesetz zur Weiterentwicklung der Schülerbeförderung und zur weiteren Umsetzung der Lehrerbildungsreform**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### **Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft des Landauer Zoos**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 5. Februar 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröer begründete den Antrag. Zunächst wolle sie klar stellen, dass es nicht das Ziel der Grünen sei den Zoo zu verkaufen. Es gehe darum, eine Diskussion anzustoßen hinsichtlich der Trägerschaft oder einer Beteiligung. Der Landauer Zoo werde als freiwillige Leistung aus dem städtischen Haushalt finanziert und habe ein jährliches Defizit von 433.000 Euro. Die Entwicklung zeige, dass sich das jährliche Defizit eher noch verstärken werde. Gerade weil der Zoo ein großes Ansehen habe mit der Zooschule, dem Arten- und Umweltschutz und verschiedenen Kooperationen wolle man mit diesem Antrag den Zoo aus der Schusslinie bringen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron fand es anerkennenswert, dass eine Fraktion den Mut aufbringe, einen solchen Antrag zu stellen. In diesem Fall greife aber ein armer nackter Mann einem anderen nackten Mann in die Tasche. Zweifellos sei uns der Zoo wert und wichtig. Der Förderverein des Zoos sei mit über 3000 Einzelmitgliedern eine der größten Bürgerbewegungen in Landau und habe insgesamt in all den Jahren schon rund 3 Millionen Euro investiert. Dies sei ein weiterer guter Grund dafür zu sorgen, dass der Zoo erhalten bleibe. Wenn der Antrag als Prüfauftrag zu verstehen sei, dann könne man nichts dagegen sagen. Bei den Erfolgsaussichten sei er aber eher zurückhaltend. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag dennoch zu.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass man alle Anstrengungen unterstütze, die zur Haushaltskonsolidierung beitragen können. Man kenne aber auch die angespannte Finanzlage des Bezirksverbandes. Es gebe noch einige andere Institutionen, die vom Bezirksverband gefördert werden wollen. Er habe aber kein Problem damit, wenn man sich in diese Schlange einordne. Daher werde die CDU-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt war der Meinung, dass eine solche Prüfung zumindest einen Brief an den Bezirksverband wert sein sollte. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Ratsmitglied Silbernagel hielt den Vorschlag für ehrenwert, die Erfolgsaussichten seien aber eher gering. Die Anstrengung brauche man gar nicht zu unternehmen. Daher lehne die FDP-Stadtratsfraktion den Antrag ab.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass die UBFL-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen werde. Hier würden Nebelkerzen aufgestellt, die keinerlei Realitätsgrundlagen hätten. Beim Bezirksverband gebe es einen Grundsatzbeschluss, dass keine neuen Aufgaben übernommen werden. Sie halte es auch für falsch, wenn die Stadt nicht mehr Träger dieser Einrichtung wäre. Der Zoo sei jahrzehntelang unter großen Mühen erhalten worden. Lediglich über einen Zuschuss von Seiten des Bezirksverbandes könne man reden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass man jährlich 488.000 Euro an den Bezirksverband zahle, ohne fühlbaren Nutzen.

Ratsmitglied Schröer stellte nochmals klar, dass es nicht um eine Übernahme der Trägerschaft, sondern nur um eine Förderung gehe. Man habe ganz bewusst ein breites Spektrum an Möglichkeiten der Unterstützung in den Antrag geschrieben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 6 Nein-Stimmen:



**den Stadtvorstand der Stadt Landau zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Bezirksverband Pfalz aufzunehmen. Inhalt der Verhandlungen soll die Übernahme der Trägerschaft des Landauer Zoos sein. Aber auch eine Beteiligung am Landauer Zoo, eine Kooperation zum gemeinsamen Betreiben des Zoos oder andere Fördermöglichkeiten sollten thematisiert und geprüft werden.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Anhebung der Preise für die Kulturveranstaltungen in der Jugendstil-Festhalle**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 5. Februar 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröder begründete den Antrag. Dieser Antrag zielt in die gleiche Richtung. Auch hier gebe es im Ergebnishaushalt ein Defizit von rund 300.000 Euro. Da auch dies eine freiwillige Leistung sei, habe man dem Rat diesen Vorschlag unterbreitet.

Der Vorsitzende schlug vor, diesen Antrag in den Kulturausschuss zu verweisen, da dieser für die Festsetzung der Eintrittspreise zuständig sei. Schon in diesem Jahr habe man durch das neue Ticketingsystem faktisch die Preise erhöht. Dies sollte man erst mal verdauen und dann überlegen, zu welchem Zeitpunkt man die Eintrittspreise wieder erhöhe. Er sei durchaus der Meinung, dass Kultur etwas kosten solle. Man habe in Landau ein sehr soziales Preisgefüge.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 5. Februar 2012, die Preise für die Kulturveranstaltungen in der Jugendstil-Festhalle anzuheben, wird in den Kulturausschuss verwiesen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### **Haushaltssatzung 2012 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2015, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung sowie Beteiligungsberichte**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 19. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Es gebe eine frohe Kunde zu vermelden, da der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz heute den kommunalen Finanzausgleich für verfassungswidrig erklärt habe. Man wolle ja die sozialen Leistungen tragen und verschließe sich nicht. Es müsse nur so sein, dass derjenige der Leistungen bestelle auch bezahle. Und dies sei in immer größerem Maße sowohl beim Bund als auch beim Land nicht mehr gewährleistet.

Auch im Haushalt 2012 werde deutlich, dass unsere Probleme nicht in den Investitionen, sondern im konsumtiven Bereich liegen. Deshalb sei es gut, dass es den heutigen Beschluss gebe. Das Land müsse zum 1. Januar 2014 nachlegen, das nähere die Hoffnung auf eine deutliche Entlastung durch die Neuregelung.

Mit dem Haushalt 2012 werde man Zukunft für unsere Stadt gestalten. Insgesamt werde man 38 Millionen Euro investieren, soviel wie niemals zuvor. Es seien notwendige und sinnvolle Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen. Dennoch gebe es keinen Grund für eine Entwarnung. Der Tunnel sei immer noch lang, aber man sehe ein kleines Licht am Ende des Tunnels. Man spüre die gute wirtschaftliche Lage insgesamt, aber auch die überproportional gute Entwicklung der Stadt. Im Ergebnishaushalt weise man einen Fehlbetrag von 14,8 Millionen Euro aus, das sei eine Verbesserung von fast 5 Millionen Euro. Diese Verbesserung zeige sich auch durch ein deutliches Plus bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer. Die Maßnahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds werden auch 2012 den Haushalt entlasten.

Die Kredite für Investitionen stünden inzwischen bei 40,7 Millionen Euro, das seien pro Einwohner 925 Euro. Dies sei relativ gut. Man habe deutliche Schwerpunkte gesetzt, die bereits mehrfach auch in der Presse dargestellt worden seien. Ein Schwerpunkt bleibe die Konversion und die Landesgartenschau. Auch in die Schulen würden fast 3 Millionen Euro investiert, sowie auch in die Kindertagesstätten. Weitere Schwerpunkte seien der Straßenbau und die Stadtentwicklung insgesamt. Hierzu gehöre auch der Hauptbahnhof und sein Umfeld, sowie die gesamte Innenstadt. Schließlich seien auch die Sporthallen zu nennen. Er denke, dass man damit die richtigen Schwerpunkte setze. Dies sei das Ergebnis langjähriger Politik, die von breiten Mehrheiten im Stadtrat getragen werde. Man wachse gegen den Trend, weil man die Zeichen der Zeit genutzt habe. Ganz wichtig seien die Fortführung der Schulsanierungen und die Sporthallen. Die Strategie der letzten Jahre, die Zentralität Landaus in der Südpfalz zu stärken, sei richtig gewesen. Es sei wichtig, dass die harten Standortfaktoren gestärkt werden, ebenso wichtig sei aber auch die Stärkung der weichen Standortfaktoren wie Kindertagesstätten und deren Öffnungszeiten. Landau könne und müsse mit seinen Pfunden wuchern, mit Selbstbewusstsein aber ohne Überheblichkeit.

Die Stärke Landaus habe Gründe in den vernünftigen Akteuren in Rat und Verwaltung. Dies schaffe Vertrauen bei den Partnern der Stadt, auch das Land habe Vertrauen in die Verlässlichkeit Landaus. Es gebe keinen Grund verzagt zu sein. Nur wer mit dem Strom schwimme, erreiche das Meer. Dies heiße auch, sich nicht treiben zu lassen, sondern Haushaltsdisziplin zu wahren. Die Prioritäten für die nächsten Jahre seien gesetzt, es gebe keinen Platz für zusätzliche Dinge. Der Rat müsse sich hier selbst disziplinieren.

Im Ziel sei man Visionäre mit dem Ziel im Auge, wie die Stadt in 10 oder 20 Jahren aussehen solle. Man habe eine hochkompetente und motivierte Verwaltung mit guten Mitarbeitern und Verwaltungsleitungen. Der Rat könnte nicht solche Erfolge verbuchen, wenn nicht die Verwaltung dies kompetent begleiten und umsetzen würde. Die Verwaltung habe aber die Grenze der Belastbarkeit erreicht.



Ohne bürgerschaftliches Engagement sei aber vieles auch nicht leistbar. Der Förderverein Zoo, der Freundeskreis der Landesgartenschau, der Verein für das Frank-Loebsche-Haus, der Festhallenförderverein und viele andere mehr machten viele Projekte erst möglich. Er habe zusammen mit der Stadtspitze und der Verwaltung einen genehmigungsfähigen und gestaltenden Haushalt vorgelegt. Dies werde in den folgenden Jahren schwieriger werden. Schon 2013 seien einige Nüsse zu knacken.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass der vorliegende Haushalt von einem hohen Maß an Handlungsfähigkeit geprägt sei. Auf der anderen Seite stehe man unter dem Druck der von außen gegebenen Verpflichtungen. Landau sei eine Stadt voller Dynamik, stehe aber auf einem Fundament, das alles andere als fest sei. Die ungelöste Problematik der Liquiditätskredite mache das Fundament gefährlich wie Treibsand. Man habe als Rat und Verwaltung eine Verantwortung für solide Finanzen. Bund und Land seien in der Pflicht, für die zugewiesenen Aufgaben eine angemessene Finanzausstattung zu gewähren. Dies sei nichts unmögliches, sondern etwas selbstverständliches. Man brauche eine gesicherte Perspektive für die Kommunalfinanzen. Der Bund müsse mehr Vernunft annehmen und endlich begreifen, dass die Parole „Weniger Steuern“ keine Probleme löse. Die Kommunen würden immer zu den Verlierern solcher Irrwege gehören. Hierzu gehöre auch die Mahnung, die Finger von der Gewerbesteuer zu lassen. Die Gewerbesteuer sei die kommunale Lebensversicherung. Auch an das Land gehe die Mahnung. Das Land müsse bei der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs den Bedürfnissen der Kommunen gerecht werden. Hierzu gehöre aber auch, dass man eine Diskussion um eine Gebietsreform ohne Scheuklappen führen müsse. Ziel sei es, die Stadt weiterzuentwickeln. Es sei vor allem eine nachhaltige Entwicklung, die man forcieren. Dieser Haushaltsplan sei wie schon der letzte und die kommenden bis 2015 durch die Landesgartenschau geprägt. Zahlreiche Maßnahmen der baulichen Entwicklung seien Herzstücke der von uns gewollten Investitionsschwerpunkte. Die Südstadt werde künftig weniger Peripherie sein, sondern ein Stück weit in die Mitte der Stadt rücken. Die Südstadt erfahre eine nachhaltige Aufwertung auf der Überholspur.

Es seien aber nicht nur Maßnahmen der Landesgartenschau, die diesen Haushalt prägen. Es gebe viele weitere Stadtentwicklungsmaßnahmen auch im Norden und Osten der Stadt. Zahlreiche weitere private Maßnahmen zeigten, dass es sich lohne in der Stadt zu investieren. Die Sanierung der Innenstadt schreite mit der sichtbaren Sanierung der Alten Fußgängerzone voran. In verschiedenen Ortsteilen würden wichtige Straßenbauprojekte näher rücken und teilweise schon in diesem Jahr umgesetzt. In dem Haushalt gehe man auch den ersten Schritt für eine bessere Unterbringung der Feuerwehr Dammheim.

Man müsse schneller, besser und kreativer als die Konkurrenz sein. Daher sei es wichtig, geeignete Gewerbeflächen auszuweisen und zu vermarkten.

Verantwortung für Landau zu übernehmen heiße auch, die Stadt als attraktiven Bildungsstandort auf der Höhe der Zeit zu halten. Die Universität sei dabei einer der Leuchttürme. Das Programm der Schulsanierungen müsse ebenso fortgesetzt werden, wie der weitere Ausbau der Kindertagesstätten. Dies alles sei eine an der Lebenswirklichkeit orientierte Politik, eine Ur-sozialdemokratische Forderung.

Eine der zentralen Herausforderung der kommenden Jahre sei die Energiewende. Der Umbau der Energieversorgung müsse im Sinne der Bürger erfolgen. Es gehe darum, die Zukunft mit Maß und Ziel zu gestalten.

Man müsse auf der Hut sein vor den Asphalttrittern aus der Südwestpfalz, die uns einreden wollten, dass nur der autobahnmäßige Ausbau der B 10 die Region vor dem Untergang bewahre. Man werde sich zu wehren wissen.

Der vorliegende Haushalt sei ein weiterer Beleg dafür, was es heiße Haushaltsdisziplin zu wahren und das Korsett des Machbaren eng zu schnüren. Wer sich heute nicht aufmache, für den werde morgen schon vorgestern sein. Das Schlüsselprojekt Landesgartenschau werde von der überwiegenden Zahl der Menschen unterstützt.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Morio stellte fest, dass zum 22 mal in Folge ein Oberbürgermeister einen nicht ausgeglichenen Haushalt vorlege. Unsere Schiefelage habe ihre wesentliche Ursache in einer strukturell



begründeten Schieflage der Kommunalfinanzen insgesamt. Die Stadt Landau habe ihre Hausaufgaben gemacht. Der Streit, ob Bund oder Land mehr Schuld an der Misere habe, sei müßig. Er verweise nur auf das heutige Urteil des Verfassungsgerichtshofes, der den kommunalen Finanzausgleich in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt habe.

Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds versuche das Land mit einer Beteiligung von einem Drittel die kommunalen Kassenkredite abzubauen. Nach langen und zähen Beratungen habe man beschlossen, den Eigenanteil von rund 1,3 Millionen Euro auch durch Einsparungen in Höhe von rund 500.000 Euro zu erbringen. Jetzt habe der Landtag beschlossen, dass die kostenfreie Schülerbeförderung auszuweiten sei. Die Mehrkosten beliefen sich dabei in Landau auf 500.000 Euro. Hier würden alle Bemühungen um Kosteneinsparungen mit einem Federstrich konterkariert. Zur Haushaltskonsolidierung seien über die beschlossenen Einsparungen von 500.000 Euro hinaus weitere weitergehende Maßnahmen nötig. Der Oberbürgermeister sehe dies genauso und habe vom Anfang eines Weges gesprochen. Wenn er sich den Haushalt 2012 ansehe, komme er zu der Einschätzung dass man nach 3 Metern Wegstrecke stehen geblieben sei. Zunächst sei es eine Bringschuld der Verwaltung, entsprechende Sparvorschläge vorzulegen. Er erwarte, dass der Oberbürgermeister in den kommenden Monaten weitere Einsparmöglichkeiten aufzeige. Die CDU-Stadtratsfraktion sei hier zur Mitarbeit bereit.

Dem Haushalt 2012 fehle eine verbindliche Finanzplanung. Man vertraue hier aber auf die Kämmerei, die diese für den Nachtragshaushalt zugesagt habe. Weniger Sorgen mache in diesem Jahr der Finanzhaushalt. Hier werde eine Rekordsumme in die Entwicklung Landaus investiert. Neben der Landesgartenschau und der Konversion Süd seien wichtige Investitionen in die Innenstadtentwicklung und die Stadtteile enthalten. Allerdings habe über wünschenswerte Maßnahmen nicht einmal im Ansatz diskutiert werden können. Derzeit schiebe man notwendige und wünschenswerte Investitionen wie eine Bugwelle vor uns her. Man erwarte von der Verwaltung, dass zusammen mit der Finanzplanung Lösungsvorschläge für den Investitionsstau vorgelegt werden.

Die CDU-Fraktion begrüße den Ausbau des Südrings mit der Kreisellösung. Die Kreuzung Südring/Xylanderstraße als Unfallschwerpunkt könne nun endlich entschärft werden. Der Ausbau des Untertorplatzes und die Modernisierung der östlichen Innenstadt setze Impulse für weitere dringende private Investitionen. Auch in diesem Jahr investiere man 3,5 Millionen Euro in die Modernisierung der Schulen. Dabei sei die Sanierung der Berufsbildenden Schule auch in diesem Jahr ein Schwerpunkt. Auch hier sei man erst am Anfang eines sehr langen Weges. Er halte es für sinnvoll und notwendig, die Organisationsstruktur der BBS zu überdenken und mit den beiden anderen Schulträgern zu besprechen. Wichtig sei der CDU-Fraktion auch die weitere Sanierung des Bahnhofumfeldes und auch die Modernisierungsmaßnahmen der Alten Fußgängerzone. In diesem Jahr müsse man eine Entscheidung treffen, wie es mit den Sporthallen weitergehe. Dies sei man den Schulen und den Sportvereinen in Landau schuldig. Eine Erhebung über die Nutzung und Auslastung der Sporthallen halte er hier für sinnvoll und zielführend.

Bei den Stadtteilen habe man versucht auch die notwendigen Maßnahmen, die in den Prioritätenlisten aufgeführt waren, in den Haushalt aufzunehmen. Im Auge behalten müsse man auch die Wohnsituation in den Stadtteilen. Wenn eine Innenentwicklung nicht möglich oder gewünscht ist, müsse man nach anderen Lösungen suchen. Daher werde man das Thema Anpassungs- und Abrundungsgebiete wieder auf die Tagesordnung setzen. Unsere Haushaltssituation verlange in den kommenden Jahren, kreative und unbequeme Maßnahmen zu ergreifen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Schröder danke zunächst der Verwaltung für die sehr gute Aufarbeitung der Haushaltsunterlagen. Die Haushaltsverbesserung von 4,75 Millionen Euro im Ergebnishaushalt begründe sich durch den Zuschuss im Kommunalen Entschuldungsfonds, der höheren Zuweisung zur Grundsicherung im Alter sowie höheren Steuereinnahmen. Dies sei aber kein Grund zur Entspannung und zum Optimismus, da die strukturellen Probleme nicht gelöst seien. Zu den strukturellen Problemen gehöre auch die Bereithaltung einer Schulinfrastruktur auch für die umliegenden Gemeinden. Die Stadt erhalte hierfür keinen Ausgleich. Die Ausweitung der kostenfreien Schülerbeförderung nehme die Entlastung durch die höhere Zuweisung zur Grundsicherung wieder weg. Dies gelte aber auch für andere Aufgaben im Bereich Jugend und Soziales, die ohne Ausgleich an die Kommunen weitergegeben werden. Dies seien immerhin 45 % des gesamten Haushaltes. Es sei



daher notwendig, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen durch die Finanzreform nachhaltig entlastet werden. Trotzdem sehe man noch Einsparpotentiale durch Überprüfung der Effizienz der eingesetzten Mittel. Auch weitere Kooperationen mit dem Landkreis Südliche Weinstraße sollten überlegt werden.

Zu den strukturellen Problemen im Ergebnishaushalt gehörten auch die Personalaufwendungen. Man fordere erneut eine Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten und eine moderate Beförderungspolitik. Zusätzlich sollte ein Optimierungsprogramm der Verwaltungsorganisationsstruktur mit einem Personalentwicklungsprogramm mit einem professionellen Partner durchgeführt werden.

Neben der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds bedürfe es weiterer Anstrengungen, um die Aufgaben einzuschränken und die Einnahmen zu erhöhen. Die Grünen hätten hierfür die Einrichtung einer Lenkungsgruppe beantragt, die in einem fortlaufenden Prozess die Schulden analysieren und Lösungsmöglichkeiten erarbeiten könne. Diese Lenkungsgruppe sei vom Ältestenrat abgelehnt worden.

Die Investitionen in den Busbahnhof, die Park & Ride-Anlage, den Kreisel Südring/Xylanderstraße, die Modernisierung des Untertorplatzes und des Deutschen Tores sowie die Kramstraße und die Ostbahnstraße halte man für wichtig. Dagegen sehe man die Investitionen in die Landesgartenschau und in die Konversion Süd kritischer. Natürlich begrüße man die Anbindung des Radwegenetzes mittels einer Brücke. Es gebe aber keine Notwendigkeit, diese Brücke in Holz auszuführen, hier müsse man auch die Folgekosten bedenken. Auch die Notwendigkeit eines Aussichtsturmes für 1,1 Millionen Euro könne man nicht teilen, zumal er wegen eines fehlenden Aufzuges nicht für behinderte Menschen nutzbar ist. Nicht mehr gesichert sei das professionelle Controlling der Landesgartenschau durch das Ausscheiden der zweiten Geschäftsführerin Frau Hangen. Man Sorge sich, dass die Stelle bis jetzt nicht wieder besetzt sei.

Insgesamt fehle ein ehrliches Bekenntnis zu weniger Autos. Es gebe kein Verkehrskonzept für Landau beziehungsweise nur eines für immer mehr Autos. Die Antwort heiße Kreisel Froschau und noch mehr Parkplätze. Wenigstens werde mit der Schaffung des Bahnhaltdepot am Vinzentius-Krankenhaus die Südstadt an den ÖPNV angebunden. Die Umsetzung des Radwegekonzeptes erfolge nur halbherzig, so dass es nur Flickwerk bleibe.

Man unterstütze die Investitionen in die Generalmodernisierung der Berufsbildenden Schule, in die Kindertagesstätten und den städtischen Wohnhausbesitz. Ausdrücklich begrüße man auch die Investitionen in die Biomassebefeuerungsanlage des Max--Slevogt-Gymnasiums. Der dringende Bedarf für eine weitere Sporthalle werde von den Grünen anerkannt. Wie man dies umsetzen könne, werde die nahe Zukunft zeigen.

Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt 2012 nicht zustimmen, dem Wirtschaftsplan des GML werde man hingegen zustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt war der Auffassung, dass man mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds bereits für den Haushalt vorgearbeitet habe. Grund für Euphorie gebe es dennoch nicht, da man trotz des Kommunalen Entschuldungsfonds den Fehlbetrag weiter vor uns herschiebe. Man dürfe sich daher nicht ausruhen, denn es gebe beim Sparen noch Luft nach oben. Die höheren Beträge würden von Mehreinnahmen bei den Steuern profitieren. Gerade das bessere Ergebnis bei der Gewerbesteuer zeige, dass die Ansiedlungspolitik Früchte trage. Die Ansiedlung weiterer Gewerbegebiete sei eine existenzielle Frage für die Zukunft der Stadt.

Für die FWG habe die Sanierung der Schulen Priorität. Es sei gut, dass man das vor Jahren beschlossene Sanierungsprogramm weiter umsetzen könne. Sehr wichtig sei eine Lösung in der Frage der Sporthallen. Hier plädiere die FWG-Fraktion für eine Lösung mit 2 Zwei-Feld-Hallen anstelle einer Drei-Feld-Halle. Das ganze müsse ohne Drehung des Jahnsporplatzes möglich sein.

Den Bau eines Stegs von der Ostbahnstraße zum Heinrich-Heine-Platz für 80.000 Euro lehne die FWG ab. Die Landesgartenschau bringe Prosperität in die Stadt. Es müsse aber allen klar sein, dass die Zuschüsse des Landes nur einmal fließen. Nach 2014 müsse der Gürtel wieder enger geschnallt werden.

Es seien zwar Maßnahmen aus den Prioritätenlisten der Stadtteile im Haushalt veranschlagt. Die Mittel der Landesgartenschau würden aber ausschließlich in die Kernstadt fließen. Man dürfe aber die Stadtteile nicht vergessen. Es sei deren gutes Recht, Maßnahmen zur Dorferneuerung zu fordern. Mit



den 80.000 Euro für den Steg in der Ostbahnstraße könnten eine Reihe von Maßnahmen aus den Prioritätenlisten der Stadtteile verwirklicht werden.

Im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds habe man große Anstrengungen unternommen und schwierige Entscheidungen getroffen. Mit der Neuregelung der Schülerbeförderung würden die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung ad absurdum geführt. Die Finanzen der Kommunen würden mit dieser Neuregelung und auch mit der Schulbuchausleihe über Gebühr belastet. Dies sei aus seiner Sicht in dieser Form nicht nötig. Man leiste sich hier Dinge, die man sich nicht leisten könne.

Dank dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes zur Regelung des Kommunalen Finanzausgleichs komme man dem Konnexitätsprinzip ein Stück näher.

Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt 2012 zu.

Ratsmitglied Silbernagel sah in dem vorliegenden Haushalt einen Haushalt der sich eigentlich sehen lassen könne. Durch derzeit sprudelnde Steuereinnahmen habe eine Einnahmesteigerung erzielt werden können. Die Ausgaben, vor allem aus dem Sozialbereich, seien aber immer noch höher als die Ausgaben. Diese immer größer werdenden Pflichtausgaben würden die Verwaltung lähmen. Entgegengewirkt worden sei im vergangenen Jahr mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds, bei dem Landau habe mitmachen müssen. Sonst wäre mit Konsequenzen des Landes zu rechnen gewesen. Mit sehr viel Mühe habe man gravierende Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen vorgenommen. Durch die Neuregelung der Schülerbeförderung mache das Land diese Sparbemühungen auf einen Schlag zu nichte. Dies sei ein Schlag ins Gesicht der Kommunalpolitik. Hier zeige sich das wahre Gesicht des Landes. Man begrüße daher ausdrücklich die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen neu überdacht werden müsse.

Der Bund habe bei der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter der Stadt für 2012 eine Kostenerstattung von ca. 1 Million Euro in Aussicht gestellt. Dies wäre an sich eine gute Nachricht, wenn das Geld ohne Einflussnahme des Landes auch tatsächlich komplett an die Stadt fließe. Es sei ein Unding, dass das Land sich hiervon Gelder abzweige, die eigentlich den Kommunen zustehen. Man sei weiter für eine sparsame Haushaltsführung. Die Stadt stehe immer am Limit und müsse damit rechnen, dass es in den kommenden Jahren nicht immer so gut aussehen werde. Derzeit habe man das Großprojekt Landesgartenschau als Anschlag und Wegbereiter für sinnvolle und notwendige Umbaumaßnahmen in der Stadt. Wichtig seien Investitionen in die Ausweitung der vorhandenen Infrastruktur. Auch das Wachstum der weichen Standortfaktoren sei von hoher Bedeutung für die Ansiedlung von Unternehmen. Dies gelte es behutsam weiterzuentwickeln. Der Verwaltung wolle er ins Stammtuch schreiben, dass sich die Stadt unbedingt um die Gewerbebetriebe und Gewerbetreibende kümmern müsse, egal ob in der Innenstadt, in den Stadtteilen oder in den Gewerbebetrieben.

Wichtig sei auch, die Stadtdörfer in die Entwicklung mit einzubeziehen. Hierzu gehöre innerorts auch eine behutsame Ausweisung von Bauplätzen, eine Arrondierung. So könne eine Abwanderung von gerade jungen Leuten aus den Stadtdörfern verhindert werden. Nicht aus der Betrachtung verschwinden, dürfe auch die Prüfung welche Ämter bei Stadt, Kreis und Verbandsgemeinde zusammen gelegt werden können. Wenn schon das Land keine Gebietsreform zustande bringe, so sollte es möglich sein, dass sich drei Gebietskörperschaften im Unkreis von 2 Kilometern auf Zusammenarbeit verständigen. Die Nutzung von Synergieeffekten würde Kosten, Wege und Zeit sparen.

Für das Gebäudemanagement sei die Arbeit im Jahr 2011 alles andere als einfach gewesen. Die energetische Sanierung von Wohnungen, die vielen undichten Dächer an städtischen Gebäuden, sowie die Schul- und Sporthallensanierungen hätten ein hohes Defizit verursacht, das nur durch Rücklagen habe ausgeglichen werden können. Es sei daher weiter zu prüfen, welche Gebäude zur Kernaufgabe der Stadt gehören. Man begrüße daher ausdrücklich die weitere Vermarktung von Gebäuden.

Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt 2012 zu.

Ratsmitglied Marquardt erinnerte angesichts des Haushaltsdefizits an eine Aussage eines Verwaltungsmitarbeiters, der gesagt habe „Der Kühlschrank ist leergefressen“. Dieser Haushalt weise einen Jahresfehlbetrag von 14, 8 Millionen Euro aus, wovon 3 Millionen Euro allein auf die Landesgartenschau entfielen. Die Landesgartenschau habe sicherlich den positiven Nebeneffekt der Modernisierung der städtischen Wohnungen im Eingangsbereich der LGS. Diese Modernisierungen



hätte es wohl in diesem Umfang ohne die Landesgartenschau nicht gegeben. Er vermisse den Willen zum Sparen, insbesondere wenn er an den Kommunalen Entschuldungsfonds denke. Der Beitrag der Stadt erfolge nämlich gerade nicht durch Einsparungen, sondern im wesentlichen durch erhöhte Steuern und Gebühren. Von Sparen könne hier nicht die Rede sein. Im übrigen belaste der Kommunale Entschuldungsfonds den Landeshaushalt mit 600 Millionen Euro.

Zudem seien auch die Investitionen falsch gesetzt. Als Beispiel nenne er hier nur die Fußgängerbrücke vom Gewerbegebiet zur Cornichonstraße, die Modernisierung der Alten Fußgängerzone oder der Untertorplatz. Leider werde weiterhin auch städtischer Wohnhausbesitz veräußert. Die UBFL sei gegen die Veräußerung städtischen Wohnhausbesitzes, da es Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gebe. Die Landesgartenschau sei mit einem Investitionsvolumen von 8 Millionen Euro der größte Brocken in diesem Haushalt. Er drücke die Daumen, dass sich die Serie der Landauer Flops hier nicht fortsetze. Denn die Zeche bei politischen Fehlentscheidungen zahle immer der Bürger. Trotz teilweise unterschiedlicher Auffassungen danke er der Verwaltung für die Zusammenarbeit und die notwendigen Informationen.

Die UBFL-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt 2012 nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

**A) den Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:**

<b>1. im <u>Ergebnishaushalt</u></b>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	108.485.173,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>123.311.365,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 14.826.192,00 €

<b>2. im <u>Finanzhaushalt</u></b>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	103.204.773,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>112.011.055,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 8.806.282,00 €

die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	25.269.722,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>30.185.317,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 4.915.595,00 €

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	15.287.877,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.566.000,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	13.721.877,00 €

der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	143.762.372,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>143.762.372,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €

**3. über das Investitionsprogramm (Finanzhaushalt 2012 – 2015)**

das nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:

2012:	30.185.317,00 €
2013:	28.137.528,00 €
2014:	6.210.230,00 €
2015:	11.019.330,00 €



b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau

<b>Erfolgsplan</b>	
Erträge	12.375.340,00 €
Aufwendungen	12.888.890,00 €
<b>Vermögensplan</b>	
Einnahmen	7.346.600,00 €
Ausgaben:	7.346.600,00 €
<b>Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2012</b>	<b>120.000,00 €</b>
<b>Gesamtbetrag der Kredite</b>	<b>2.280.493,00 €</b>
<b>Gesamtbetrag der Kassenkredite</b>	<b>3.000.000,00 €</b>

c) *Bürgerstiftung*

1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	188.900,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>287.600,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 98.700,00 €
2.	im Finanzhaushalt	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	8.900,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>227.050,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 38.150,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000,00 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>2.000,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	40.000,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	238.900,00 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>229.050,00 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	9.850,00 €

d) *Landauer Kunststiftung*

1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	22.250,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>22.250,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €



2.	<b>im Finanzhaushalt</b>		
	die ordentlichen Einzahlungen auf	21.150,00 €	
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>21.150,00 €</u>	
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf		0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.600,00 €	
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>1.600,00 €</u>	
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten		0,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €	
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	22.750,00 €	
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>22.750,00 €</u>	
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr		0,00 €

e) *Strieffler Stiftung*

1.	<b>im Ergebnishaushalt</b>		
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	56.150,00 €	
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>56.150,00 €</u>	
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		0,00 €
2.	<b>im Finanzhaushalt</b>		
	die ordentlichen Einzahlungen auf	56.150,00 €	
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>56.150,00 €</u>	
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf		0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen		0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 €	
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten		0,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €	
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>	
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	56.150,00 €	
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>56.150,00 €</u>	
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr		0,00 €

f) über die Beteiligungsberichte

Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH  
 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH



Entsorgungswerke Landau  
Gebäudemanagement Landau

g) über den Stellenplan

B) Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement, der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH und der Projektgruppe LAGA beim EWL beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:

1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen hiervon sind Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmebeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.
2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmebeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.
3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 € entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8.1. (öffentlich)**

**Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2012**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt 8 beraten. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2012 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:**

**Erfolgsplan:**

Erträge	12.375.340,00 EURO
Aufwendungen	12.888.890,00 EURO
Differenz:	- 513.550,00 EURO

**Vermögensplan:**

Einnahmen	7.346.600,00 EURO
Ausgaben	7.346.600,00 EURO

**Der Gesamtbetrag der Kredite 2012 wird festgesetzt auf 2.280.493,00 EURO.**

**Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.**

**b) Im Rahmen des Finanzplanungszeitraumes 2013 bis 2015 wird der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 2013 festgesetzt auf: 120.000,00 EURO**

**Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen in den künftigen Wirtschaftsjahren voraussichtlich keine Investitionskredite aufgenommen werden.**

**Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau.**

**C) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Hundesteuersatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 3. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die als Anlage 1 beigelegte Neufassung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Hundesteuer (Hundesteuersatzung)**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Änderung der Betriebssatzung für das Gebäudemanagement Landau-Eigenbetrieb**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 3. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage nicht zustimmen werde. Hier werde der Werkleitung des GML das Recht eingeräumt, Entscheidungen zu treffen. Sie sehe für schnelle Entscheidungen keine Notwendigkeit, da der Werksausschuss recht häufig tage. Mit einer solchen Satzung würden die Ausschüsse entwertet.

Ratsmitglied Scheid fragte, warum die vom Werksausschuss erbetene Befristung dieser Satzung bis zur Kommunalwahl fehle.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man nach der Konstituierung des nächsten Stadtrates ohnehin alle Satzungen auf ihre Notwendigkeit überprüfen werde. Dann könne man dies neu entscheiden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**die als Anlage 1 beigelegte Änderungssatzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Änderung der Hauptsatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 12. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion auch dieser Vorlage aus den gleichen Gründen wie bei der vorhergehenden Vorlage nicht zustimmen werde. Es sei dies eine Aushöhlung demokratischer Rechte.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Hauptsatzung**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

**15. Teiländerung des Flächennutzungsplans 2010 der Stadt Landau " ND 7-Photovoltaikanlage", Endgültiger Beschluss, (Gebiet in den Gemarkungen Nußdorf und Dammheim, nördlich der B 10, östlich der L 516 und westlich der Speyerer Straße K 13)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eisold sah es als ganz sinnvolle Sache an, eine ehemalige Deponie so zu nutzen. Gerade in der Zeit der Energiewende sei dies der richtige Ansatz. Man sollte auch prüfen, ob es eventuell noch weiteres Gelände gibt für die Errichtung von Solaranlagen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung der 15. Teiländerung „ND 7-Photovoltaikanlage“ des Flächennutzungsplans 2010 der Stadt Landau entsprechend den in der als Anlage 1 beigefügten Synopse vom Mai 2011 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung der 15. Teiländerung „ND 7-Photovoltaikanlage“ des Flächennutzungsplans 2010 der Stadt Landau entsprechend den in der als Anlage 2 beigefügten Synopse vom Mai 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf der 15. Teiländerung „ND 7-Photovoltaikanlage“ des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau entsprechend den in der als Anlage 3 beigefügten Synopse vom 18. November 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
4. **Die 15. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz „ND 7-Photovoltaikanlage“ (Anlage 4) wird in der Fassung vom 18. November 2011 endgültig beschlossen und die Begründung mit Umweltbericht gebilligt (§ 6 BauGB).**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Aufstellung der 16. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz "Gewerbegebiet Froschau" im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D10 "Gewerbegebiet Froschau"**

Ratsmitglied Prokop erklärte, dass bei ihm nach § 22 Gemeindeordnung Ausschließungsgründe vorliegen und er daher befangen sei. Er begab sich in den Zuhörerbereich und nahm an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Entwicklung dieses Gewerbegebietes sei vorausschauende Wirtschaftspolitik. Im jetzigen Gewerbegebiet D9 seien über 50 % veräußert.

Ratsmitglied Ludwig betonte, dass die Stadt Landau eine überdurchschnittliche Entwicklung nehme. Die Stärkung der Wirtschaftskraft müsse daher vordringliches Ziel sein. In den letzten Jahren sei eine gute Vermarktung erzielt worden. Wenn diese Entwicklung so weiter gehe, werde es schon in 3 Jahren eng mit Gewerbeflächen. Daher sei es notwendig, schon jetzt neue Gewerbeflächen zu sichern. Wichtig sei, dass die Architektur der Gebäude ansprechend sein müsse. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte daran, dass die Entwicklung dieser Fläche zum Gewerbegebiet schon vor langen Jahren angedacht gewesen sei. Die Ansiedlungsentwicklung in D9 sei mittlerweile so gut, dass die Reservefläche in D10 jetzt benötigt werde. Ein weiterer Vorteil sei, dass der Birnbach grüningemäßig ausgebaut werden könne. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Brunner erklärte, dass die Grünen gegen die Ausweisung neuer Gewerbegebiete auf der grünen Wiese seien. Schon jetzt gebe es zu viele innenstadtrelevante Geschäfte im Gewerbegebiet D9. Man setze hier mehr auf die Innenstadtentwicklung, dies halte man für wichtiger. Auch in Landau werde nämlich das Wachstum nicht endlos sein. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Volkhardt verwies auf seine Ausführungen in seiner Haushaltsrede. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass es Landau gut tue eine solche Gewerbefläche in der Rückhand zu haben. Die FDP-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl wies darauf hin, dass erst 54 % der Flächen in D9 vermarktet seien. Daran sehe man, welch mühsames Geschäft dies sei. Die rasante Entwicklung werde so nicht weitergehen. Eine Realisierung eines neuen Gewerbegebietes koste durch nötige Entwicklungs- und Infrastrukturmaßnahmen eine Unmenge Geld. Zudem sei der Flächenverbrauch mit 22 ha sehr hoch. Dies könne nicht im Sinne einer ökologischen Entwicklung sein. Sie halte dies für ein Signal in die vollkommen falsche Richtung. Das Argument der Arbeitsplätze müsse gegen die ökologischen und ökonomischen Risiken abgewogen werden. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron regte an, für dieses Gewerbegebiet vielleicht einen besseren Namen als Froschau zu finden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

- 1. Für das in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage zeichnerisch umgrenzte Gebiet (Anlage) wird die Aufstellung der 16. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen**



**Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren (§ 8 Abs. 3 BauGB) zum Bebauungsplan D10 "Gewerbegebiet Froschau" beschlossen.**

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Bebauungsplan D 10 "Gewerbegebiet Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz,  
Aufstellungsbeschluss, (Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse,  
südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65)**

*Ratsmitglied Prokop erklärte, dass bei ihm nach § 22 Gemeindeordnung Ausschließungsgründe vorliegen und er daher befangen sei. Er begab sich in den Zuhörerbereich und nahm an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja,- und 6 Nein-Stimmen:

- 1. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Queichheim östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65 wird für die Entwicklung eines Gewerbegebietes und der dazugehörige Straßenverläufe und Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan D10 „Gewerbegebiet Froschau“ aufgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele durchzuführen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)**

**Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes D10 "Gewerbegebiet Froschau" (Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65)**

*Ratsmitglied Prokop erklärte, dass bei ihm nach § 22 Gemeindeordnung Ausschließungsgründe vorliegen und er daher befangen sei. Er begab sich in den Zuhörerbereich und nahm an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja,- und 6 Nein-Stimmen:

**Der in der Anlage 2 zu dieser Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf einer Veränderungssperre wird als Satzung beschlossen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "C29 A - Studentenwohnen" in der Stadt Landau in der Pfalz, Satzungsfassung, (Grundstück mit der Flst.-Nr. 3281/11 in der Gemarkung Landau)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Blinn erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Es sei gut, dass hier Wohnraum für Studenten geschaffen werde. Der Standort in der Neustadter Straße sei für dieses Wohnheim sehr gut.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Entwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „C29 A - Studentenwohnen“ vom September 2011 entsprechend den in der als Anlage 2 beigefügten Synopse vom Dezember 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „C29 A - Studentenwohnen“ vom September 2011 entsprechend den in der als Anlage 3 beigefügten Synopse vom Dezember 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C29 A - Studentenwohnen“ einschließlich der textlichen Festsetzungen und Hinweise wird in der Fassung vom Januar 2012 als Satzung beschlossen und die Begründung einschließlich des vom Vorhabenträger BF Baubetreuung GmbH, Herxheim, vorgelegten Vorhaben- und Erschließungsplanes gebilligt (Anlage 1).**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan nach § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Neubau Bahnhofpunkt " Landau-Süd"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 1. Dezember 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Dem Bau des Bahnhofpunktes „Landau-Süd“ wird auf Grundlage der vorliegenden Vorentwurfsplanung vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung zur Förderung durch das Land zugestimmt.**
- 2. Die EWL-Projektteilung Landesgartenschau wird beauftragt die Maßnahme umzusetzen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Aufstellung des Bebauungsplanes C32 "Rad- und Fußgängerbrücke" zwischen Gewerbepark "Am Messegelände" und "Wohnpark Am Ebenberg"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 30. Dezember 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Ludwig erinnerte daran, dass die SPD diese Brücke von Anfang an unterstützt habe. Diese Verbindung solle ausschließlich den Fußgängern und Radfahrern dienen. Damit werde der autoarme Charakter des künftigen Wohngebiets unterstrichen. Nach langen und konstruktiven Diskussionen habe man sich aus ästhetischen Gründen auf Holz als Material geeinigt. Das Holz werde durch technische Schutzvorrichtungen besser geschützt, so dass keine Beeinträchtigungen zu erwarten seien. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Eichhorn begrüßte, dass durch die Erdrampen die Kosten für den Bau der Brücke nochmals heruntergefahren wurden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Brunner erklärte, dass man der teureren Variante der Brücke nicht zugestimmt habe. Man sehe aber die Notwendigkeit und die Vorteile einer solchen Brücke an dieser Stelle. Deshalb werde man der Sitzungsvorlage jetzt zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass Fußgänger und Radfahrer, die am Wochenende spazieren gehen, keine Brücke für 1,7 Millionen Euro brauchen. So etwas könne man sich leisten, wenn man Geld habe. Die Anbindung für Radfahrer aus Mörlheim in Richtung Innenstadt könne auch durch die Unterführung unter der Bahnlinie hindurch erfolgen. Zudem verursache jede Brücke Unterhaltungsaufwand, egal ob aus Holz oder aus einem anderen Material. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkungen Landau und Queichheim wird für die Errichtung einer Fuß- und Radwegebrücke über die Bahntrassen Landau – Pirmasens/ Landau –Karlsruhe gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan C32 „Rad- und Fußgängerbrücke“ zwischen Gewerbepark „Am Messegelände“ und „Wohnpark Am Ebenberg“ aufgestellt.**
- 2. Die Projektteilung Landesgartenschau wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)**

**12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C25 "Konversion Landau-Süd/Landesgartenschau"), abschließende Beschlussfassung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 9. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er begrüßte Frau Nicole Cirsovius und Herrn Daniel Heßer vom Büro ISU aus Bitburg und bat sie, den Bebauungsplan Konversion Landau Süd/Landesgartenschau vorzustellen.

Frau Cirsovius stellte das Planungsverfahren bis hin zum Bebauungsplan vor. Das Planungsverfahren habe im Sommer 2010 begonnen und sei in einer ungewöhnlich kurzen Zeit entwickelt worden. Nach dem heutigen Satzungsbeschluss liege dann der rechtliche Rahmen zur Baurechtschaffung vor. Im Planungsverfahren sei eine Reihe von Belangen zu berücksichtigen gewesen. Hierzu gehörten u.a. die verkehrlichen Belange, der Immissionsschutz, Umweltbelange wie der Artenschutz, die natürliche Seismizität im Zusammenhang mit der Gewinnung von Erdwärme, der Einzelhandel und der Denkmalschutz.

Daraus hätten sich wichtige Regelungsinhalte der Planung entwickelt:

- Berücksichtigung der Planung für die Südtangente
- Einfügen der Belange des Geothermie-Kraftwerks in die Gesamtplanung
- Aufzeigen der Probleme und Lösungsansätze zur Verkehrsentwicklung in der Landauer Südstadt und der damit einhergehenden Lärmthematik
- Aus- und abgewogener Umgang mit den Umweltbelangen des Natur- und Artenschutzes im Bestand und in der Planung
- Beachtung parallel betriebener Fachplanungen

Der Bebauungsplan sei in zwei Teile gegliedert und zwar in einem Teil A „Nutzung Landesgartenschau“ gültig bis zum 31. Oktober 2014 und einen Teil B „Dauernutzung“ gültig ab 1. November 2014.

Ratsmitglied Eichhorn war der Auffassung, dass es sich hier um ein Jahrzehntewerk handle. Besonders sei die Nachhaltigkeit bei der Aufwertung der Südstadt hervorzuheben. Die prophylaktische Hereinnahme der Südtangente sei richtig, egal ob sie letztlich gebaut werde oder nicht. Der Begriff autoarmer Wohnpark sollte letztlich nur für den Durchgangsverkehr gelten. Ansonsten müsse jeder Wohneinheit mindestens 1 Stellplatz in unmittelbarer Nähe ermöglicht werden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Ludwig erinnerte daran, dass das Kasernengelände Estienne Foche auch ohne die Landesgartenschau entwickelt worden wäre. Die Landesgartenschau biete nun die Möglichkeit, die Attraktivität Landaus zu präsentieren. Zudem könne man das Gelände der Gartenschau danach zu einem attraktiven Wohngebiet für 1500 Menschen entwickeln. Mit der Entwicklung folge man dem Gartenstadtgedanken, indem die Umwidmung nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten erfolge. Im öffentlichen Raum solle der Mensch sichtbar sein und weniger das Auto. Bei Abwägung aller Begleiterscheinung und Einsatz von regenerativen Energien wünsche er sich, dass das Gebiet energieautark werde. Persönlich hätte er sich gewünscht, dass mehr Gebäude hätten erhalten bleiben können. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass man grundsätzlich auch für die Konversion sei. Sie sei der Meinung, dass man bei der Planung auf die Südtangente hätte verzichten können. Eine Erschließung von der Eutzinger Straße her, wäre besser und vor allem kostengünstiger möglich gewesen. Der zweite Grund für die Ablehnung sei das Gewerbegebiet Ost, das ebenfalls finanzielle Folgekosten habe. Schließlich lehne man auch die Planungen für die Landesgartenschau ab. Dies alles führe dazu, dass die UBFL-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ablehne.



Ratsmitglied Freiermuth sprach von einem gelungenen Konzept, das man hier vorlege. Man stimme dem Gedanken eines autoarmen Gebietes zu. Dies heiße aber nicht autofrei. Bei 1500 Menschen in diesem neuen Wohngebiet werde der Druck auf Parkplätze in die Südstadt groer werde. Diesem Problem müsse man sich stellen und es angehen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung der 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom November 2010 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom April 2011, dargelegt in der als Anlage 2 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom April 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2011, dargelegt in der als Anlage 3 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur zweiten Entwurfsfassung der 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom September 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom Dezember 2011, dargelegt in der als Anlage 4 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 4. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung der 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom November 2010 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom April 2011, dargelegt in der als Anlage 5 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 5. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom April 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2011, dargelegt in der als Anlage 6 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 6. Die 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Konversion Landau-Süd/Landesgartenschau") (Anlage 1) in der Fassung von Dezember 2011 wird endgültig beschlossen und die Begründung gebilligt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

**Bebauungsplan C 25 "Konversion Landau Süd / Landesgartenschau";  
Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 9. Januar 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes C25 vom November 2010 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom April 2011, dargelegt in der als Anlage 2 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes C25 vom April 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2011, dargelegt in der als Anlage 3 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur zweiten Entwurfsfassung des Bebauungsplanes C25 vom September 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom Dezember 2011, dargelegt in der als Anlage 4 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
4. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes C25 vom November 2010 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom April 2011, dargelegt in der als Anlage 5 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
5. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes C25 vom April 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2011, dargelegt in der als Anlage 6 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
6. Der Bebauungsplan C25 „Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau“ der Stadt Landau in der Pfalz (Anlage 1) wird in der Fassung vom Dezember 2011 mit seinen textlichen Festsetzungen und Hinweisen beschlossen und die Begründung gebilligt (§ 10 BauGB).

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

**Verschiedenes**



Der Vorsitzende beantwortete eine Anfrage von Ratsmitglied Ludwig zur Strahlenbelastung bei Störfällen im Kernkraftwerk Cattenom. Ständige Messungen in Landau gebe es nicht. Solche Messungen gebe es nur im Umfeld des Kraftwerks. Für den Ernstfall gebe es ein Maßnahmenpaket, das dann umgesetzt werde. Am

1. September 2012 gebe es eine Notfallübung.

Ratsmitglied Ludwig bat darum, im Stadtrat die einzelnen Organisationen wie Feuerwehr, THW, DRK und Polizei berichten zu lassen, was im Ernstfall passieren würde.

Ratsmitglied Silbernagel bat um Übersendung des vorhandenen Katastrophenschutzordners an die Fraktionen.



Die Niederschrift über die 25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 14.02.2012 umfasst 29 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 795.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete